

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Von Insolvenz bei Schlecker betroffenen Beschäftigten helfen

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:

Die Insolvenz des Schlecker Konzerns kostet bundesweit mehr als 13.000 Arbeitsplätze, davon mehr als 500 in Mecklenburg-Vorpommern. Die meisten der Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz verlieren, sind Frauen. Bundes- und Landesregierung sind daher gefordert, den unverschuldet in diese Situation geratenen Beschäftigten zu helfen und ihre Reintegration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sämtliche Hilfsmöglichkeiten für die von Arbeitslosigkeit bedrohten Schlecker-Beschäftigten in Gesprächen mit den Landesregierungen anderer Bundesländer, der Bundesregierung, der Bundesagentur für Arbeit, dem Unternehmen und der Gewerkschaft ver.di auszuloten und ggf. landeseigene Initiativen zu starten.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Das Aus der Drogeriemarktkette Schlecker ist eine Katastrophe für die Betroffenen, überwiegend weiblichen Beschäftigten und ihre Familien. Aufgrund der schlechten Vermittlungsaussichten - in Mecklenburg-Vorpommern betrug das Verhältnis offener Stellen im Einzelhandel zu arbeitslosen Bewerberinnen und Bewerbern im März 2012 eins zu neunundzwanzig - ist die Unterstützung durch die Bundes- und Landespolitik dringend erforderlich.

Nach der ersten Entlassungswelle im April hat sich gezeigt, dass nur wenige Betroffene in neue Jobs vermittelt werden konnten (in Mecklenburg-Vorpommern, Stand: 06.06.2012, nur 27 von 199 Betroffenen der ersten Entlassungswelle). Nach Aussage der Gewerkschaften braucht es jetzt vor allem Zeit, um neue Konzepte zu entwickeln, die Arbeitsplätze retten und den betroffenen Frauen eine echte Chance auf Reintegration in den Arbeitsmarkt einräumen. Dabei darf es keine Tabus geben. Für den Fall, dass eine bundesweite Lösung nicht gefunden werden kann, muss auch eine landesinterne Lösung diskutiert werden.